



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 27. Juni 2014

Inhalt

- 1. Die Energiewende zum Erfolg führen**
- 2. Rote Karte für Fracking**
- 3. Stabiler Haushalt 2014 verabschiedet**
- 4. Lebensversicherungen in Niedrigzinsphase stabilisieren**
- 5. Projekt SuedLink braucht mehr Transparenz**



Die Energiewende zum Erfolg führen

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss, nach vier Jahre Chaos in der Energiepolitik, wieder planbar und berechenbar werden. Eine Neujustierung ist zwingend nötig, um Versorgungssicherheit, bezahlbaren Strom und sichere Arbeitsplätze zu gewährleisten. Am Freitag dieser Woche wurde als erster Schritt [die EEG-Novelle](#) mit den Stimmen von Union und SPD verabschiedet.

Seit Mai war der Gesetzentwurf bekannt und es gab viele intensive Debatten, Anhörungen und Gespräche mit den unterschiedlichsten Akteuren. Die Schwierigkeiten bei der Novelle waren insbesondere die verschiedenen Länderinteressen, die in der unterschiedlichen Nutzung der Quellen erneuerbarer Energien begründet liegen - im Norden die Windkraft und im Süden Photovoltaik und Biomasse sowie die radikalen Vorstellungen der Europäischen Kommission, die das EEG am liebsten zerschlagen würde.

Die Verhandlungen ergaben Änderungen bei der Windkraft, die auch Auswirkungen auf Hessen haben. So wurde das von den Ländern vorgeschlagene Referenzertragsmodell übernommen, welches die Kurve zugunsten von Standorten, die wie in Hessen, nicht an der Küste liegen, verbessert. Außerdem wird beim Ausbaupfad der Windenergie von einer Brutto- zu einer Nettoberechnung übergegangen. Das heißt nach dem Ersetzen einer alten Windanlage durch eine neue mit höherer Windleistung wird nicht die komplette sondern nur die durch den Austausch zusätzlich erzielte Leistung in den

Ausbaukorridor mit einberechnet. Diese Leistungen spielen wiederum eine Rolle bei der Höhe der Einspeisevergütungen. Auch das ist ein Punkt, der Windkraft in Binnenländern wie Hessen auch in Zukunft eine wirtschaftliche Nutzung garantiert. Im Bereich der Bioenergie wird es mehr Flexibilität der Anlagen im Bestand und bei den Erweiterungsmöglichkeiten geben. Mit den Maßnahmen ist es laut Wirtschaftsminister Gabriel möglich, die erhebliche Kostendynamik bei der Ökostrom-Umlage zu durchbrechen und das heutige Niveau in den kommenden Jahren zu stabilisieren.

Großer Diskussionspunkt waren die Ausnahmen von der Energieumlage für energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Klar mussten es weniger Ausnahmen sein, aber dennoch wurde in knallharten Verhandlungen mit der Europäischen Kommission dafür gesorgt, dass unsere Industrie nicht in eine Situation gerät, in der aufgrund erhöhter Preise für Energie Arbeitsplätze vernichtet werden.

Nachdem die EU-Kommission kurz vor der 2./3. Lesung erneut dazwischen grätschte, konnte man auch die Einbeziehung der Eigenstromerzeugung in die EEG-Umlage europarechtskonform regeln. Es gilt der wichtige Bestandsschutz für Altanlagen, den die EU ursprünglich mit 100 Prozent belegen wollte. Neuanlagen werden schrittweise einbezogen. Sie müssen bis Ende 2015 30 Prozent, ab 2016 35 Prozent und schließlich ab 2017 40 Prozent der EEG-Umlage auf selbstverbrauchten Strom bezahlen. Danach werden alle Neuanlagen mit 40 Prozent an der EEG-Umlage beteiligt. Dies gilt für umweltfreundliche Ökostrom- und Kraft-Wärme-Kopplungskraftwerke (KWK), die den Großteil neuer Anlagen ausmachen. Für alle übrigen Neuanlagen ist die volle Umlage fällig. Kleinstanlagen wie Solarmodule auf Hausdächern bleiben von der Umlage ausgenommen. Für KWK-Anlagen soll kurzfristig per Verordnung die Förderung über das KWK-Gesetz angepasst werden, um Mehrbelastungen auszugleichen.

Rote Karte für Fracking

Wir hessischen Bundestagsabgeordneten lehnen Fracking ab und werden alles dafür tun, diese Technik in unseren Regionen zu verhindern. Die derzeit in den sozialen Netzwerken kursierende und von einigen Medien aufgegriffene Behauptung, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel versuche im Windschatten der WM-Begeisterung ein Fracking-Gesetz durch den Bundestag zu peitschen, entbehrt jeder Grundlage. Genau das Gegenteil ist der Fall, die Koalition arbeitet daran, die Anforderungen für Fracking deutlich zu verschärfen.



Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dem Schutz unseres Trinkwassers und unserer Gesundheit absoluten Vorrang einzuräumen und genau das machen wir. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit erarbeiteten dazu gemeinsame Referentenentwürfe: Im Wirtschaftsministerium wird die Änderung der „Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben“ und im Umweltministerium die Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vorbereitet. Nach der parlamentarischen Sommerpause im September 2014 sollen dann die Kabinettsbefassung und die Beteiligung der Länder und Verbände erfolgen.

Wir Hessen sind seit langem Fracking-Gegner und haben dazu auch klare Beschlüsse, die nach wie vor gelten! Aber wir wissen auch, dass wir uns beim Thema Fracking keine Fehler leisten dürfen und unsere Gesetze gerichtsfest sein müssen. Daher gilt: Sorgfalt vor Schnelligkeit!

Stabiler Haushalt 2014 verabschiedet

Am Freitag dieser Woche beschlossen wir einen [Haushalt](#), der strukturell ausgeglichen ist und damit einen großen Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit leistet. **Denn ein stabiler Haushalt ist eine wichtige Voraussetzung für sozialen Ausgleich und wirtschaftliches Wachstum.**

Wir orientieren uns an den Bedürfnissen der Menschen und zwar nicht nur auf kurze Sicht sondern langfristig. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind mit dem Haushalt sehr zufrieden und besonders stolz, dass wir wichtige sozialdemokratische Prioritäten – solide gegenfinanziert – unterbringen konnten:

- Zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur (2014: 505 Mio. Euro).
- Die Städtebauprogramme werden auf 700 Mio. Euro erhöht.
- Bildung, Betreuung und Forschung werden gestärkt (2014: Vorsorge von 500 Mio. Euro).
- 350 Mio. Euro gibt es in 2014 für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen.
- Es gibt zusätzliche Mittel für die Entwicklungshilfe (2014: 200 Mio. Euro).
- Die Ausgaben für Kultur werden um rund 90 Mio. Euro erhöht, beispielsweise für das Denkmalschutzprogramm für nationale bedeutsame Kulturdenkmäler, das Haus der Kulturen in Berlin und das Reformationsjubiläum.
- Die Mittel für Integrationskurse werden um 40 Mio. Euro erhöht.
- Für die Aufnahme syrischer Flüchtlinge stehen 10 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung.
- Die wichtige Arbeit der Deutschen Welle wird mit 6,5 Mio. Euro gestärkt.
- Die Bundeszentrale für Politische Bildung erhält zusätzlich 10 Mio. Euro.
- Das Technische Hilfswerk erhält im kommenden Jahr zusätzliche 10 Millionen Euro für Investitionen in eine moderne Ausstattung und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.
- Die Mittel für Programme der Beauftragten für die Neuen Länder werden um 6 Millionen Euro erhöht.
- Den notwendigen Rückbau atomarer Forschungsreaktoren finanziert die Koalition mit zusätzlichen 85 Mio. Euro.
- Für die Finanzierung der HIV-Stiftung werden 10 Mio. Euro bereitgestellt.
- Weitere 5 Mio. Euro dienen der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in der Ukraine, in Moldawien, in Georgien und in Belarus.
- Die Mittel für den Verbraucherschutz im Bereich Finanzmärkte („Marktwächter“) werden um 2,5 Mio. Euro erhöht.
- Für die Durchfinanzierung aller bis April eingegangenen Anträge im Rahmen des Programms MobiPro für Jugendliche in europäischen Krisenländern stellen wir 27 Mio. Euro zu Verfügung.
- Die Zuweisungen zum Assefonds wurden für 2014 auf 1 Mio. Euro verdoppelt und für die folgenden Jahre auf 3 Mio. Euro pro Jahr erhöht.

Jeder einzelne Punkt hilft dabei, dass Leben der Menschen vor Ort konkret zu verbessern.

Wir entlasten die Länder erheblich, erwarten dafür aber, dass die wichtigen Mittel des Bundes in den Ländern auch zielgerichtet für frühkindliche Bildung, Qualität in Kitas und für Bildung eingesetzt werden. Hier sind wir und unsere Landtagskolleginnen und -kollegen gefordert, in Hessen genau hinzuschauen.

In der nächsten Woche werden wir die historische Entscheidung für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns treffen. Darauf sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders stolz, weil davon viele Menschen profitieren. Mit der Einführung wird der Staat aber auch über 7 Milliarden Euro sparen, weil wir keine Dumpinglöhne mehr subventionieren müssen. Das ist nachhaltige Politik für zukünftige Generationen!

Lebensversicherungen in Niedrigzinsphase stabilisieren

Die Lebensversicherung hat sich als ein Instrument zur Altersvorsorge über viele Jahrzehnte bewährt. Wir wollen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Es gab Ende 2012 in Deutschland etwa 88 Millionen Lebensversicherungsverträge, die oft Laufzeiten von 20 und mehr Jahren haben. Ziel des jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurfes ist es, dass alle Versicherungsnehmer die ihnen zugesagten Leistungen aus Lebensversicherungsverträgen verlässlich erhalten.

Wie von der SPD gefordert, soll dieses Gesamtkonzept Rücksicht auf die vielen Versicherten nehmen, die jahrelang jeden Monat in „ihre“ Versicherung eingezahlt haben. Es ist erforderlich, die Vorschriften zur Beteiligung an den Bewertungsreserven sachgerecht anzupassen. Nach den seit 2008 geltenden Vorschriften wird Versicherten, deren Vertrag in Kürze abläuft, gegenwärtig ein besonders hoher Teil der künftigen Zinszahlungen mitgegeben. Dies liegt daran, dass die Bewertungsreserven wegen des Niedrigzinsumfelds stark gestiegen sind. Im Ergebnis steht damit ein hoher Teil der künftigen Zinszahlungen nicht mehr der großen Mehrheit derjenigen Versicherten zur Verfügung, deren Vertrag erst später ausläuft. **So würden 7 Millionen Versicherte, deren Verträge bald auslaufen, zum Nachteil der übrigen Versicherten begünstigt. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, diesen unsachgemäßen Effekt in der Beteiligung an den Bewertungsreserven zu begrenzen.**

Der am Dienstag im Plenum behandelte [Gesetzentwurf](#) sieht deshalb vor, dass Bewertungsreserven, die für die Sicherstellung des Garantiezinses für alle Versicherten benötigt werden, in der Versichertengemeinschaft verbleiben. Dies gilt ausdrücklich nur für Bewertungsreserven aus festverzinslichen Wertpapieren, weil diese – über die Laufzeit des Wertpapiers betrachtet – immer nur vorübergehenden Charakter haben. **Die Regeln zur Beteiligung der ausscheidenden Versicherten an Bewertungsreserven aus Aktien und Immobilien wird nicht verändert. Die Neuregelung zu den Bewertungsreserven ist eingebettet in ein Maßnahmenpaket, bei dem Versicherungsunternehmen, Anteilseignern (Aktionären) und Versicherungsvertrieb ein angemessener Beitrag abverlangt wird.**

Dies steht im Einklang mit entsprechenden Empfehlungen, die der Internationale Währungsfonds noch im Mai 2014 an Deutschland ausgesprochen hat. Wir sind überzeugt davon, dass es sich bei dem Gesetzentwurf um ein ausgewogenes Maßnahmenpaket handelt, mit dem die vertraglich garantierten Leistungen der Lebensversicherer an ihre Kunden auch mittel- bis langfristig stabil erfüllt werden können. **Wir als SPD wollen den Verbraucherschutz im Bereich der Lebensversicherung merklich verbessern.**

Projekt SuedLink braucht mehr Transparenz

Das Projekt SuedLink, die geplante 800 Kilometer lange Gleichstromtrasse (die sog. 380 KV-Überlandleitung) von Schleswig-Holstein nach Bayern, befindet sich derzeit in der Vorbereitungsphase.

Die Projektpartner TransnetBW und TenneT haben einen Vorschlag für einen Korridor vorgelegt. Die Trasse, die ja auch durch unseren Wahlkreis führt, wird - zum Teil nicht zu Unrecht - im Detail sehr kritisch diskutiert! Insbesondere im Altkreis Melsungen als auch in Fritzlar und Homberg ist die Trassenführung erheblich kritisiert worden.

In Berlin laufen die Diskussionen mit den Vertretern von TransnetBW und TenneT. Zuletzt beim Industrietalk der SPD-Bundestagsabgeordneten. Anwesend war da u.a. der Geschäftsführer Lex Hartmann. Unter anderem ging es um die Abstände der Stromtrasse zur Wohnbebauung. Ich habe betont, dass das umso mehr für die Abstände zu öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten und Altenheimen gilt.

Weitere Gespräche folgen bereits in der kommenden Woche. Zum Gespräch kommen in den Deutschen Bundestag von der Bundesnetzagentur Jochen Homann (Präsident der Bundesnetzagentur), Dr. Heinz-Jürgen Scheid (Leitung „Netzausbau“ bei der Bundesnetzagentur) und Anette Fröhlich (Leitung „Presse und Öffentlichkeitsarbeit“ bei der Bundesnetzagentur) sowie von der Firma TenneT Dr. Christoph Thiel (Gesamtprojektleiter bei TenneT TSO GmbH), Paul-Georg Garmer (Leitung Public Affairs bei TenneT TSO GmbH).

Ziel soll es sein, ein Kommunikationsnetzwerk zwischen Bundesnetzagentur, TenneT, (TransnetBW), den politischen Verantwortungsträgern und Bürgerinitiativen aufzubauen. Alle Planungsschritte sollen mit der höchstmöglichen Transparenz zu allen Beteiligten erfolgen. Insbesondere ist detailliert offen zu legen, welche Gründe für die Auswahl der Vorzugstrasse ausschlaggebend waren. Im weiteren Verfahren sind Vorzugs- und Alternativtrassen in einem transparenten und nachvollziehbaren Verfahren abzuwägen und weitere Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten.

Wir werden die Bürgerinitiativen über das Gespräch informieren. Denn der Planungsprozess muss absolut transparent stattfinden.

Unsere Tipps:

-Deutscher Bürgerpreis 2014: in diesem Jahr stehen Personen, Projekte und Unternehmen im Fokus, die sich aktiv für Toleranz und Akzeptanz sowie für Integration und Inklusion einsetzen. Wer sich bewerben möchte, kann dies noch bis zum 30. Juni unter www.deutscher-buergerpreis.de tun.

- Tag der Ein- und Ausblicke: Am Sonntag, den 7. September 2014 lädt der Deutsche Bundestag wieder zu seinem Tag der offenen Tür ein!



Mehr Infos unter www.bundestag.de/tea

- Jugendmedienworkshop: Vom 5. Bis zum 11. Oktober 2014 findet der 11. Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag statt. In diesem Jahr hat er das Motto „Generation Grenzenlos – welche Chancen eröffnet uns Europa?“ Interessierte Jugendliche können sich noch bis zum 21. Juli 2014 unter www.jugendpresse.de/bundestag bewerben! Wir drücken allen journalistischen Nachwuchskräften aus Nordhessen bereits jetzt die Daumen!

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einenschnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia